

DER BETRIEB

19

Seite 1085 – 1144
13. Mai 2016
69. Jahrgang



Mit Recht Innovation sichern

www.der-betrieb.de

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser • Prof. Dr. Johanna Hey •
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff • Friedrich Merz

GASTKOMMENTAR

Michael Meister
Steuerpolitik im Lichte der Panama Papers 1085

BETRIEBSWIRTSCHAFT

Norbert Lüdenbach/Jens Freiberg/Wolf-Dieter Hoffmann
Der GuV-Ausweis von Sachbezügen als Lehrstück innovativer Weiterentwicklung der GoB? 1085

STEUERRECHT

Arno Becker
Der Gesetzentwurf des BMF zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen 1090

Arne von Freeden/Christian Joisten
Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten bei mittelbarer Organschaft 1099

Entfernungspauschale bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (*D. Janz*) 1105

Anwendung des § 35 Abs. 2 Satz 2 EStG bei unterjährigem Gesellschafterwechsel einer PersGes. (*BFH*) 1108

WIRTSCHAFTSRECHT

Arbeitskreis „Externe und interne Überwachung der Unternehmung“ der Schmalenbach-Gesellschaft e.V.
Zur Frage der Ausstrahlung branchenspezifischer Corporate Governance-Anforderungen auf das allgemeine Unternehmensrecht am Beispiel der Bankenregulierung 1118

BGH: Nichterfüllung der Pflicht zur Erbringung der Stammeinlage (*G. Seulen/S. Scharf*) 1126

D&O-Versicherung: Zulässige Abtretung des Deckungsanspruchs der versicherten Person an die geschädigte Versicherungsnehmerin (*BGH*) 1127

ARBEITSRECHT

Frank Matheis/Michael Hippeli
Außergerichtliche Mediation und Betriebliches Eingliederungsmanagement 1134

Gehaltsanpassung bei freigestellten Betriebsratsmitgliedern – Anforderungen an die Darlegung des Anspruchs (*W. Lipinski/K. Domni*) 1137

Behinderung der Betriebsratsarbeit durch Verpflichtung zur vorherigen Ankündigung der Teilnahme am Personalgespräch (*J. Becker*) 1138

Mangelnde Schriftform bei Unterzeichnung nur einer Anlage des Anstellungsvertrags (*BAG*) 1142

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Der GuV-Ausweis von Sachbezügen als Lehrstück innovativer Weiterentwicklung der GoB?

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach / WP Dr. Jens Freiberg, beide Düsseldorf / WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter

Hoffmann, Freiburg i. Br.

Infolge der durch das BilRUG geänderten Definition der Umsatzerlöse wird teilweise die Einschätzung vertreten, dass ein Ausweis von Sachbezügen an Arbeitnehmer als Umsatzerlöse aufgrund der unentgeltlichen Gewährung ausscheiden würde. In dem Beitrag wird diese Auffassung diskutiert und gezeigt, dass vielmehr ein entsprechender GuV-Ausweis geboten ist.

DB1201590

S. 1085

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung

Der Gesetzentwurf des BMF zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen

Ltd. RegDir. Arno Becker, Münster/Köln

Seit Längerem stehen manipulierbare Kassensysteme im Fokus der Finanzverwaltung. Im sog. bargeldintensiven Handel scheint Steuerhinterziehung üblich zu sein, nicht in erster Linie durch die Nichteingabe von Kassendaten, sondern durch ihre nachträgliche Änderbarkeit. Dies hat nun den Gesetzgeber auf den Plan gerufen. Im ersten Teil dieses Beitrags wird der Gesetzentwurf des BMF zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen und die zugehörige technische Verordnung vorgestellt und kritisch beleuchtet.

DB1200805

S. 1090

Körperschaftsteuer

Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten bei mittelbarer Organschaft

RA/StB Dr. Arne von Freeden, LL.M. /

StB Dr. Christian Joisten, beide Bonn/Hamburg

Die Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten im Fall einer mittelbaren Organschaft ist umstritten. Die KStR 2015 äußern sich hierzu erstmals. Auch das FG Münster hat sich jüngst abweichend von der Verwaltungsauffassung zu einem Teilaspekt der Thematik positioniert. Der Beitrag beleuchtet die Auflösung organschaftlicher Ausgleichsposten unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage.

DB1195406

S. 1099

KURZ KOMMENTIERT

Einkommensteuer

Entfernungspauschale bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung

StB Dennis Janz, LL.M., Dortmund

DB1202866

S. 1105

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Elektronische Bilanz: Unterlagen zur Steuererklärung

FinMin. Sachsen-Anhalt, Erlass vom 19.04.2016

DB1203848

S. 1106

Körperschaftsteuer

Anwendung des § 8b Abs. 3 KStG 1999 i.d.F. des UntStFG vom 20.12.2001 auf Auslandsbeteiligungen in den Vz. 2001 und – im Fall eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs – 2002

BMF, Schreiben vom 03.05.2016

DB1203846

S. 1108

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Anwendung des § 35 Abs. 2 Satz 2 EStG bei unterjährigem Gesellschafterwechsel einer PersGes.

BFH, Urteil vom 14.01.2016 – IV R 5/14

DB1203932

S. 1108

Einkommensteuer

Besteuerung von Erträgen aus sog. „schwarzen“ Fonds nach dem AuslInvestmG

BFH, Urteil vom 28.07.2015 – VIII R 39/13

DB1187942

S. 1113

Abgabenordnung

Ersetzung des Vorläufigkeitsvermerks in einem Steuerbescheid durch einschränkenden Vorläufigkeitsvermerk in einem späteren Änderungsbescheid

BFH, Urteil vom 14.07.2015 – VIII R 21/13

DB1165036

S. 1116

SEMINAR

Due Diligence

Transaktionen erfolgreich planen, managen und ins Ziel bringen

12.09.2016 | Düsseldorf | Handelsblatt Fachmedien GmbH Seminarräume

- Grundsätzliches: Definition und Ziele einer Due Diligence
- Analysen im Rahmen einer Due Diligence: Financial, Tax und Legal Due Diligence
- Projektmanagement: Informationsquellen und Phasen einer Due Diligence
- Sonderthemen: Vendor Due Diligence, internationale Due Diligence und Due Diligence im Aufschwung

25% Rabatt
für Abonnenten von
DER BETRIEB!

Information und Anmeldung: www.fachmedien-veranstaltungen.de/diligence | Fon 0211 887-2860 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Corporate Governance

Zur Frage der Ausstrahlung branchenspezifischer Corporate Governance-Anforderungen auf das allgemeine Unternehmensrecht am Beispiel der Bankenregulierung

Arbeitskreis „Externe und interne Überwachung der Unternehmung“ der Schmalenbach-Gesellschaft e.V.

In der Praxis sind Tendenzen zu beobachten, Corporate Governance-Regelungen, die für beaufsichtigte Unternehmen des Banken-, Finanzdienstleistungs- und Versicherungssektors entwickelt worden sind, in das allgemeine Unternehmensrecht zu übernehmen und auf Unternehmen außerhalb der beaufsichtigten Branchen anzuwenden. Der Aufsatz untersucht anhand einzelner Vorschriften des Bankaufsichtsrechts zum Risikomanagement, Vergütungssystem sowie zur Überwachung der Vergütungsstruktur, ob spezialgesetzliches Aufsichtsrecht auch für sonstige Unternehmen Geltung beanspruchen kann bzw. freiwillig befolgt werden sollte. Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine undifferenzierte Ausstrahlung u.a. auch mit Blick auf eine zunehmende Verrechtlichung der Unternehmenspraxis problematisch ist und schlägt eine methodische Prüfung des jeweiligen Einzelfalls vor, die sowohl ökonomische wie juristische Aspekte berücksichtigt.

DB1202340

S. 1118

KURZ KOMMENTIERT

GmbH-Recht

BGH: Nichterfüllung der Pflicht zur Erbringung der Stammeinlage

RA Dr. Günter Seulen/RAin Sarah Scharf, Oppenhoff & Partner, Köln

DB1202231

S. 1126

ENTSCHEIDUNGEN

Versicherungsrecht

D&O-Versicherung: Zulässige Abtretung des Deckungsanspruchs der versicherten Person an die geschädigte Versicherungsnehmerin

BGH, Urteil vom 13.04.2016 – IV ZR 304/13

DB1203854

S. 1127

Bankrecht

Zum Nachweis des Erbrechts gegenüber einer Sparkasse durch eigenhändiges Testament ohne Vorlage eines Erbscheins

BGH, Urteil vom 05.04.2016 – XI ZR 440/15

DB1203810

S. 1131

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Kündigungsrecht

Außergerichtliche Mediation und Betriebliches Eingliederungsmanagement

RA/FAArbR Dr. Frank Matheis, Landstuhl / Dr. Michael Hippeli, LL.M., MBA (MDX), Wiesbaden

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement gewinnt zunehmend an Bedeutung. Nach der Entwicklung der Rechtsprechung wird die krankheitsbedingte Kündigung ohne Durchführung dieses Verfahrens kaum noch möglich. Wie sich in diesem Zusammenhang außergerichtliche Mediation auswirken kann und wie ggf. entstehende Konflikte hierdurch vermieden werden können, untersucht der Beitrag und gibt Hinweise für mögliche Anwendungsfälle.

DB1196527

S. 1134

KURZ KOMMENTIERT

Entgeltrecht/Betriebsverfassungsrecht

Gehaltsanpassung bei freigestellten Betriebsratsmitgliedern – Anforderungen an die Darlegung des Anspruchs

RA/FAArbR Dr. Wolfgang Lipinski / RAin Katharina Domni, beide München

DB1201080

S. 1137

Betriebsverfassungsrecht

Behinderung der Betriebsratsarbeit durch Verpflichtung zur vorherigen Ankündigung der Teilnahme am Personalgespräch

RAin Jamilia Becker, Köln

DB1201437

S. 1138

ENTSCHEIDUNGEN

Kündigungsrecht

Abfindungspauschalierung wegen Altersrente für schwerbehinderte Menschen bei der Sozialplanabfindung unzulässig

BAG, Urteil vom 17.11.2015 – 1 AZR 938/13

DB1196660

S. 1140

Kündigungsrecht

Unwirksamkeit einer Änderungskündigung zur Herabgruppierung bei krankheitsbedingter Leistungsminderung

BAG, Urteil vom 22.10.2015 – 2 AZR 550/14

DB1196903

S. 1141

Befristungsrecht

Mangelnde Schriftform bei Unterzeichnung nur einer Anlage des Anstellungsvertrags

BAG, Urteil vom 04.11.2015 – 7 AZR 933/13

DB1195945

S. 1142

Entgeltrecht

Anspruch auf Annahmeverzugslohn trotz behördlichem Beschäftigungsverbot

BAG, Urteil vom 21.10.2015 – 5 AZR 843/14

DB1195553

S. 1144

WEITERE INHALTE

Gastkommentar	M5	Handelsblatt Nachrichten	M9
Leitsätze	M6	Neues in der DB-Datenbank	M10
Anhängige Verfahren	M8	Nachrichten	M11

IMPRESSUM

DER BETRIEB

Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
 Prof. Dr. Johanna Hey
 Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
 Friedrich Merz

Burghard Kreft (Vors. Richter am BAG, Erfurt),
 RA/StB Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen (Düsseldorf),
 WP/StB Dr. Martin Lenz (Düsseldorf),
 Prof. Dr. Ulrich Noack (Düsseldorf),
 WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Schlegel (Bonn),
 Prof. Dr. Ulrich Seibert (Berlin),
 RA/FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt (Hamburg),
 Prof. Dr. Lutz Strohn (Richter am BGH, Karlsruhe),
 Prof. Dr. Gregor Thüsing (Bonn),
 Prof. Dr. Thomas Voelzke (Vors. Richter am BSG, Kassel),
 WP/StB Martin Wambach (Köln),
 Prof. Dr. Axel von Werder (Berlin),
 RA Dr. Hans-Ulrich Wilsing (Düsseldorf)

Fachbeirat

RA Dr. Hartwin Bungert (Düsseldorf),
 Ewald Dötsch (Koblenz),
 Dr. Detlev Fischer (Richter am BGH a. D., Karlsruhe),
 RA/FAArbR Prof. Dr. Björn Gaul (Köln),
 WP/StB Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Herzig (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Hüttemann (Bonn),
 StB Prof. Dr. Wolfgang Kessler (Freiburg i. Br.),
 WP/StB Ralf Klassmann (Köln)

REDAKTION

Dipl.-Fw. Marko Wiczorek, Geschäftsführender
 Chefredakteur, eMail m.wiczorek@fachmedien.de
Ressort Betriebswirtschaft
 Dipl.-Kfm./Dipl.-Vw. Sebastian Boochs,
 Fon 0211 887-1458, eMail s.boochs@fachmedien.de
Ressort Steuerrecht
 Dipl.-Kff. Eva-Maria Kunze, Fon 0211 887-1475,
 eMail e.kunze@fachmedien.de;
 Ass. Sixten Abeling, Fon 0211 887-1495,
 eMail s.abeling@fachmedien.de
Ressort Wirtschaftsrecht
 Ass. Frauke Nitschke, Fon 0211 887-1468,
 eMail f.nitschke@fachmedien.de
Ressort Arbeitsrecht
 Ass. Claus Dettki, Fon 0211 887-1456,
 eMail c.dettki@fachmedien.de
Korrektorat
 Ninja Arendt, Sabine Nehrenhaus,
 Kerstin Pferdmeniges
Sekretariat
 Sylvia Braun, Fon 0211 887-1435,
 Fax 0211 887-1450
 eMail der-betrieb@fachmedien.de

INTERNET

www.der-betrieb.de

VERLAG

Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Geschäftsführung: Christoph Bertling,
 Ingo Rieper
 Grafenberger Allee 293, 40237 Düsseldorf
 oder Postfach 101102, 40002 Düsseldorf

DER BETRIEB REVIEW

DER BETRIEB bietet die Möglichkeit betriebs-
 wirtschaftliche Beiträge nach internationalen
 Standards begutachten zu lassen.
 Nähere Informationen finden sich unter
www.der-betrieb.de/zeitschrift/fuer-autoren/

KUNDENSERVICE

eMail kundenservice@fachmedien.de;
 Inland: Fon 0800 000-1637 (kostenfrei),
 Fax 0800 000-2959 (kostenfrei);
 Ausland: Fon +49 211 887-3670,
 Fax +49 211 887-3671
 Anschrift: Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Kundenservice, Postfach 9254, 97092 Würzburg

BEZUGSPREIS

Einzelheft 17,80 € zzgl. Versandkosten

JAHRESVORZUGSPREIS

499 € inkl. MwSt und Versandkosten.
 Ausbildungs-Abo gegen Vorlage einer gültigen Be-
 scheinigung 228 € inkl. Versandkosten und MwSt

AUSLANDSABONNEMENT

Jährlich 414,18 € zzgl. Versandkosten

MEDIASALES

Fon 0211 887-1519, Fax 0211 887 97-1519
 eMail s.isgen@fachmedien.de

DISPOSITION

Astrid Jüngst
 Fon 0211 887-1477, Fax 0211 887 97-1477
 eMail a.juengst@fachmedien.de

KOMBIMÖGLICHKEITEN

Mit der Zeitschrift Corporate Finance jährlich
 769 € inkl. Versandkosten, im Ausland 648,01 €
 zzgl. Versandkosten – mit der Monatszeitschrift
 KoR 717 € inkl. Versandkosten, im Ausland
 jährlich 600,88 € zzgl. Versandkosten – mit der
 Monatszeitschrift Der Konzern jährlich 755 € inkl.
 Versandkosten, im Ausland 635,32 € zzgl. Ver-
 sandkosten. Für EU-Länder zzgl. MwSt., Luftpost-
 gebühren auf Anfrage. Angaben zu MwSt. und
 Versandkosten im Ausland unter
www.fachmedien.de/kundenservice.

Abonnementkündigungen sind mit einer Frist
 von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugs-
 jahres möglich.

DER BETRIEB wird sowohl im Print als auch auf
 elektronischem Weg (z. B. Datenbank, DVD etc.)
 vertrieben. Nachdruck und Vervielfältigung
 jeder Art sind nur mit Genehmigung des Verlags
 zulässig.

DER BETRIEB erscheint jeden Freitag,
 69. Jahrgang.

Das Abonnement beinhaltet:
 Wochenschrift DER BETRIEB und Zugriff auf die
 Online-Datenbank www.der-betrieb.de
 ISSN 0005-9935 G 01742

HERSTELLUNG

L.N. Schaffrath, 47608 Geldern